

## 2. Aufbau und Bestandteile von Rechtsvorschriften

### 2.1

<sup>1</sup>Die Gliederungsnummer der Bayerischen Rechtssammlung wird von der Staatskanzlei vergeben.

<sup>2</sup>Änderungen werden durch die Redaktion des Gesetz- und Verordnungsblatts ohne Unterschrift im Verkündungsblatt bekannt gemacht.

### 2.2

<sup>1</sup>Für Stammnormen werden Überschriften festgelegt. <sup>2</sup>Sie bestehen aus der Bezeichnung, aus einer Kurzbezeichnung, wenn die Bezeichnung als Zitiername zu lang ist, sowie einer Abkürzung. <sup>3</sup>Das Wort „Bayern“ oder daraus abgeleitete Wörter sollen – vor allem in Gesetzesabkürzungen – ausschließlich mit „Bay“ abgekürzt werden. <sup>4</sup>„B“ ist als Anfangsbuchstabe den Gesetzesabkürzungen des Bundes vorbehalten und soll in dieser Form im Landesrecht nicht verwendet werden. <sup>5</sup>Änderungsvorschriften erhalten grundsätzlich in der Überschrift keine chronologische Zählung.

### 2.3

<sup>1</sup>Der Überschrift folgt das Ausfertigungsdatum. <sup>2</sup>Bei mehreren erlassenden Stellen ist das Datum der letzten Ausfertigung anzugeben. <sup>3</sup>Inhaltsübersichten werden nur besonders umfangreichen Stammnormen vorangestellt; sie sind bei der ersten Änderung der Stammnorm wieder zu streichen.

### 2.4

Gesetzentwürfe werden ohne Eingangsformel vorgelegt.

### 2.5

<sup>1</sup>In der Eingangsformel einer Rechtsverordnung wird das etwa nötige Einvernehmen einer Stelle oder die Zustimmung durch den Landespersonalausschuss angegeben, nicht aber anderweitig durchgeführte Anhörungen und Beteiligungen. <sup>2</sup>Das Zitiergebot (Art. 80 Abs. 1 Satz 3 des Grundgesetzes) ist sowohl bei der Nutzung bundesrechtlicher als auch landesrechtlicher Ermächtigungsgrundlagen zu beachten. <sup>3</sup>In der Eingangsformel wird das Vollzitat nach Nr. 4.1 verwendet. <sup>4</sup>Es wird die letzte Änderung der Stammnorm als solcher, nicht die der jeweils konkreten Ermächtigungsgrundlage angegeben. <sup>5</sup>Die Eingangsformel umfasst auch die Angabe etwa nötiger Subdelegationsnormen.

### 2.6

<sup>1</sup>Stammgesetze werden in Artikel gegliedert, Stammverordnungen in Paragraphen. <sup>2</sup>Auf Satzungen finden grundsätzlich die für Verordnungen geltenden Redaktionsvorschriften Anwendung. <sup>3</sup>Artikel und Paragraphen können in Absätze, Nummern und Buchstaben – in dieser Reihenfolge – untergliedert werden. <sup>4</sup>In Absätzen ist die erste Zeile einzurücken, bei mehreren Absätzen sind diese mit einer eingeklammerten arabischen Zahl zu versehen. <sup>5</sup>Mehrere Sätze eines jeden Absatzes werden durch voran- und hochgestellte Zahlen nummeriert. <sup>6</sup>Bei listenförmigen Aufzählungen innerhalb eines Satzes sollen die einzelnen Aufzählungselemente selbst weder eigenständige Sätze sein noch solche enthalten. <sup>7</sup>Bei Verwendung von Nummern oder Buchstaben wird ein hängender Einzug verwendet. <sup>8</sup>Buchstabenzusätze bei der Zählbezeichnung einer Gliederungseinheit – zum Beispiel Art. 33a – sind bei Erstregelungen zulässig für Übergangsregelungen, die nach einer kurzen Frist wieder aufgehoben werden sollen, oder für Folgeänderungen nach Nr. 2.9 Satz 2.

### 2.7

<sup>1</sup>Änderungsvorschriften werden in Paragraphen gegliedert. <sup>2</sup>Jeder Paragraph beginnt mit einem Eingangssatz, bestehend aus dem Vollzitat der zu ändernden Stammnorm und der Formulierung „wird wie folgt geändert:“. <sup>3</sup>Eingangssatz und Änderungsbefehle werden mit einem Zeilenumbruch abgesetzt. <sup>4</sup>Das gilt auch, wenn die Stammnorm mit nur einem Änderungsbefehl geändert wird.

## 2.8

<sup>1</sup>Grundsätzlich erhält jede einzelne Änderung einen eigenen, bei Bedarf untergliederten, Änderungsbefehl.

<sup>2</sup>Änderungsbefehle zu einer nicht weiter untergliederten Gliederungseinheit können zusammengefasst werden, wenn es der Übersichtlichkeit dient. <sup>3</sup>Mehrfache Änderungen identischer Angaben in aufeinanderfolgenden Gliederungseinheiten können zusammengefasst werden, soweit die betroffenen Gliederungseinheiten nicht auch in anderer Weise geändert werden. <sup>4</sup>Gleichartige aufeinanderfolgende Änderungsbefehle können zusammengefasst werden.

## 2.9

<sup>1</sup>Mantelnormen sind bei Neuerlass oder Ablösung von Stammnormen grundsätzlich zu vermeiden.

<sup>2</sup>Folgeänderungen anderer Normen sind gesammelt in einem Artikel oder Paragraphen in die Stammnorm aufzunehmen.

## 2.10

<sup>1</sup>Von einer deklaratorischen Neubekanntmachung eines Normtextes ist grundsätzlich abzusehen. <sup>2</sup>Die Staatskanzlei kann Ausnahmen zulassen.

## 2.11

<sup>1</sup>Nach Art. 76 Abs. 2 der Verfassung muss für das Inkrafttreten jeder Vorschrift ein konkretes Datum genannt werden. <sup>2</sup>Es ist weder ein bedingtes Inkrafttreten zulässig noch Formeln wie „tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft“ oder Ähnliches. <sup>3</sup>Gleiches gilt für das Außerkrafttreten. <sup>4</sup>Bewehrte Vorschriften dürfen nach Art. 50 Abs. 1 Satz 2 des Landesstraß- und Verordnungsgesetzes (LStVG) nicht rückwirkend erlassen werden und sollen nach Art. 50 Abs. 2 Satz 1 LStVG befristet werden.